



BERLINER RUNDSCHAU

Monatszeitung für Berlin

28. Jahrgang

3. Ausgabe

März 2002



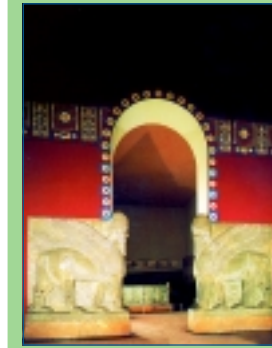
*Günter Nook
Berlins Nummer 1
für die
Bundestagswahl*

Seite 2



*SPD-Finanz-
skandal
„Scherbenhaufen“*

Seite 2



*Pergamonmuseum
Prozession durch acht
Jahrtausende*

Seite 4

FINANZEN UND HAUSHALT - ANGRIFF AUF DIE ZUKUNFT BERLINS

Rot-Rot auf Abrisskurs

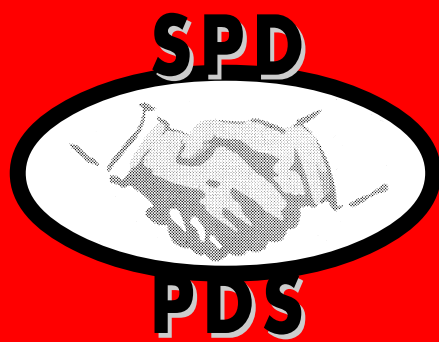
In diesen Tagen jagt eine Horrormeldung nach der anderen durch die Stadt. Universitätsklinikum Benjamin-Franklin soll geschlossen werden, Gerüchte über bevorstehende Schließungen von Kultureinrichtungen, Freiwilliger Polizeidienst und Reiterstaffel werden abgewickelt, Zukunftsprojekte gestoppt oder auf die lange Bank geschoben, der internationale Großflughafen in Frage gestellt und Schulen in privater Trägerschaft sollen durch Mittelkürzungen in ihrer Existenz bedroht werden. Viele dieser Ankündigungen haben nicht mehr als Symbolcharakter – inzwischen wird offen von einem gezielten Angriff auf Einrichtungen gesprochen, die im ehemaligen Westteil der Stadt von Bedeutung waren. Das Uniklinikum Steglitz, ehemals Stiftungsgabe der Amerikaner, ist unverzichtbarer Bestandteil der Freien Universität. Was wären die Folgen einer Schließung? Stehen Schlossparktheater, Theater des Westens und Hansa-Theater zur Disposition, weil sie nicht in Mitte liegen? Und ob private Wachschutzfirmen günstiger sind als freiwillige Polizeihelfer, muss noch vorgerechnet werden. Tatsache ist, dass bürgerschaftliches Engagement für Sicherheit und Ordnung auf der Strecke bleibt. Oder geht es auch hier um eine alte Rechnung? Schulen in privater Trägerschaft sind jedenfalls nachweislich kostengünstiger als staatliche Schulen. Hier zahlt Berlin zum Beispiel keinen Cent für Gebäude und deren Unterhalt. Eine Weichenstellung, die am Ende zu Schließung oder Rückverstaatlichung führt – reine Bildungspolitik-Ideologie durch die kalte Haushaltsküche. Das vom rot-roten Senat bei jeder

Gelegenheit kommunizierte finanzielle Horrorszenario dient derzeit einzig und allein zur Durchsetzung politischer Ziele von SPD und PDS. Der bevorstehende Haushalt droht der in Zahlen gegossene Angriff auf die Zukunft Berlins zu werden. Gleichzeitig werden erfolgreich eingeführte Mechanismen zur modernen und langfristigen Haushaltskonsolidierung dem alten Rasenmäher

nach dem Rasenmäherprinzip überflüssig gemacht haben. Der Wowereit-Senat hat dagegen die Zeichen der Zeit nicht erkannt und steuert völlig konzeptionslos in die falsche Richtung.“

Einschlägige Senatsbeschlüsse sind ausschließlich auf Ausgabenvermeidung und damit auf Leistungsminimierung gerichtet. Zudem konzentriert sich der Senat zu sehr auf Kürzungen beim Personal, obwohl etwa die Transferausgaben mit rund 8,5 Milliarden Euro einen viel größeren Kostenblock darstellen. Auch die Vermögensgegenstände Berlins, die in großem Umfang Kapital binden, dürften ein größeres Kostensenkungspotential darstellen als die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes. Nicolas Zimmer: „Nicht die Mitarbeiter im öffentlichen Dienst sind das Problem, sondern die Strukturen, in denen sie eingesetzt werden und arbeiten müssen. Wer Personalkosten senken will, benötigt ein organisatorisches Konzept, wie die Aufgaben, die ja unverändert bestehen, mit weniger Aufwand erfüllt werden können. Das Personal muss an der richtigen Stelle eingesetzt werden, damit für den Bürger möglichst viel herauskommt. Die Sparmethode nach dem Rasenmäherprinzip erfüllt diese Anforderung nicht. Der Senat muss endlich begreifen, dass die Modernisierung der Verwaltung der einzige Weg zur Haushaltskonsolidierung ist. Wer nur über die Größenordnungen von Personaleinsparungen redet, ohne Aufgabenstellungen und Arbeitsprozesse in den Behörden zu hinterfragen, nimmt in Kauf, dass die Berliner Verwaltung möglicherweise sogar teurer wird.“

Abriss beschlossen!



geopfert. Beispiel Verwaltungsmodernisierung: Die Entscheidung des Senats, die Personalkosten im Öffentlichen Dienst um mehr als 120 Millionen Euro in diesem Jahr zu senken, steht nicht im Einklang mit der Berliner Verwaltungsreform und konterkariert damit ein Projekt mit einem Investitionsvolumen von über 500 Millionen Euro. Dazu der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus, Nicolas Zimmer: „In den letzten Monaten sind von den Fraktionen des Abgeordnetenhauses und der Expertenkommission ‚Staatsaufgabenkritik‘ zahlreiche Vorschläge zur Optimierung der Verwaltung gemacht worden, die eigentlich eine Diskussion über Stellenstreichungen

DIEPGEN-NACHFOLGE

Stölzl kandidiert für Landesvorsitz

Der Vizepräsident des Abgeordnetenhauses und ehemalige Berliner Kultursenator Prof. Dr. Christoph Stölzl ist Kandidat für das Amt des Landesvorsitzenden der Berliner CDU. Er ist der einzige Bewerber für dieses politische Ehrenamt auf dem kommen-



den Landesparteitag. Christoph Stölzl (58) wechselte 1987 als Generaldirektor und Professor des Deutschen Historischen Museums nach Berlin und war vor seiner Wahl zum Senator für Wissenschaft und Kultur zuletzt stellvertretender Chefredakteur der Tageszeitung WELT. Der verheiratete Familienvater von vier Kindern stammt gebürtig aus Bayern und verlebte seine Jugend und Studienzeit in München. Der bisherige Landesvorsitzende und langjährige Regierende Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen, trat am 16. Februar nach fast 20-jähriger Amtszeit zurück. Christoph Stölzl sieht im Falle seiner Wahl als Hauptaufgabe, die Chance zur Öffnung und zum notwendigen Neubeginn der Hauptstadt-Union zu ergreifen.“

GELUNGENER NEUANFANG DER BERLINER CDU-FRAKTION

Erste Klausurtagung nach den Wahlen

Wenn man ein Resümee der Klausurtagung ziehen kann, ist es das: Die 35 CDU-Parlamentarier gehen mit Entschlossen- und Geschlossenheit sowie Zuversicht an die Arbeit und nehmen ihre Rolle als stärkste Oppositionsfraktion an. Das hat das letzte Wochenende in Sommerfeld in Brandenburg gezeigt, wohin sich die CDU-Fraktion zusammen mit den CDU-Bürgermeistern und Stadträten zurückzog, um die zurückliegenden Wochen zu analysieren, aber vor allem auch die Themenschwerpunkte für die nächsten Wochen und Monate zu bestimmen. Im Vorfeld der Klausurtagung hatte bereits der Fraktionsvorsitzende Frank Steffel zehn Thesen zum Neuanfang der Berliner CDU vorgelegt, die Grundlage für die Tagung in Sommerfeld waren und von der Fraktion einstimmig angenommen worden sind. Dabei waren sich alle einig, dass eine inhaltliche Neupositionierung vor allem im Bereich der

Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik vorgenommen werden muss, um eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem rot-dunkelroten Senat zu führen. Frank Steffel: „Die Berliner CDU ist nach diesem Wochenende in der Opposition angekommen und hat einstimmig beschlossen, dass sie da ganz schnell wieder raus will.“ Externer Sachverständiger, wie vom Schering-Vorstandsvorsitzenden Hubertus Erlen, war während der Klausurtagung ebenso gefragt wie der Besuch der CDU-Bundesvorsitzenden Angela Merkel, die über Wahlkampfstrategien und die Ziele der Uni-



CDU-Fraktionsvorsitzender
Frank Steffel

on vor den Bundestagswahlen referierte und mit ihrem Kommen das gute Verhältnis der Berliner CDU zum Bundesverband dokumentierte. Der Leitantrag zum Thema soziale und christliche Verantwortung für ein neues Berlin stand zuvor im Mittelpunkt der Diskussion. Dabei kam die CDU-Fraktion zu dem Ergebnis, dass eine stabile Wirtschafts- und Sozialordnung untrennbar miteinander verbunden sind und der Solidar- und Selbsthilfegedanke in allen Bereichen gestärkt werden muss. Effiziente wirtschaftliche Rahmenbe-

dingungen sind neben der Senkung der Kosten für den Faktor Arbeit Voraussetzungen für stabile soziale Verhältnisse und haben direkte Auswirkungen auf die Finanzsituation eines Landes. Ausdrücklich begrüßt wurde die Einbindung der Bezirke in die Fraktionsarbeit. Die Bezirksbürgermeister und Stadträte haben auf der Klausurtagung aus ihrer Sicht über die Auswirkungen und Konsequenzen der Senatspolitik auf die Berliner Bezirke berichtet und die katastrophale Haushaltspolitik des rot-dunkelroten Senats kritisiert. Die CDU-Fraktion will nun mit Geschlossenheit gegen die Konzeptlosigkeit von SPD und PDS angehen und, so wie es Steffel formulierte, nach dem Abschluss der erfolgreichen Aufbauphase Berlins 1998/99 mit neuem Tatendrang an die Arbeit gehen – frei nach dem Satz, den Innenminister Jörg Schönbohm in Sommerfeld formulierte: Lieber ehrlich opponiert, als korrupt regiert.